

von Indonesien erleben werde. Daraufhin setzt ihn Somare ab. (PNG Times, 6.1.84) Außenminister Namaliu will Entspannung. Er bietet seinem indonesischen Kollegen an, ihm zu helfen, die melanesische Lebensweise zu verstehen. Mochtar beschimpft ihn daraufhin als offensiv und provokativ. Namaliu gibt im Anschluß daran das von Indonesien gewünschte Versprechen, die Flüchtlinge zu repatriieren. Als sich Monate später herausstellt, daß dies im großen Stil nicht durchzusetzen ist, bemerkt Mochtar lakonisch, das Flüchtlingsproblem sei ein Problem von PNG. (FEER 7. Nov. 85) "Ich habe die PNG-Sache richtig behandelt ... Viele sind nach Irian Jaya zurückgekommen, ungefähr 2.000. Diejenigen die drüben bleiben wollen, wollen nur nicht arbeiten. Wir brauchen keine Leute, die nicht arbeiten wollen". (tapol, Sept. 85)

Versuche, eine bilaterale Lösung des Grenzkonfliktes zu finden, scheiterten bisher. Zaghafte Ansätze der letzten Monate, den Konflikt zu internationalisieren, waren genauso erfolglos: entweder sie blieben unbeantwortet oder sie wurden abgeschmettert. Der australische Außenminister erklärte dazu am 7.11.85 in Port Moresby.

"Sie haben jetzt die Verpflichtung eines souveränen und unabhängigen Staates ... Sie haben die Verpflichtung Flüchtlinge aufzunehmen. Bisher haben Sie alle, die aus Irian Jaya kamen, aufgenommen, das können sie auch jetzt und in Zukunft tun". (PNG Times, 9.11.85)

ZUSAMMENFASSUNG

Die Beschreibung des Konfliktherdes am 141. Längengrad, der Grenze zwischen dem politischen und militärischen Zwerg PNG und der expansionistischen asiatischen Großmacht Indonesien, läßt sich mit folgenden Thesen kurz zusammenfassen:

1. PNG hat das Problem dieser Grenze von den Mächten geerbt, die während der Kolonialzeit über die Insel bestimmten.
2. PNG mußte auch als unabhängiger Staat nach 1975 sich an die früher getroffenen Vereinbarungen halten.
3. Relevant wurde die Grenzfrage durch die Massenflucht von West-Neuguineern nach PNG, ausgelöst durch die repressive Innenpolitik Indonesiens in Irian Jaya.
4. Die öffentliche Meinung, soweit sie sich durch Medien, Demonstrationen und der parlamentarischen Opposition manifestiert, steht der

offiziellen Regierungspolitik diametral entgegen.

5. Ansätze von PNG, die Flüchtlingsfrage nicht nur formal und vereinbarungsgemäß zu lösen, sondern human im Sinne der Flüchtlinge, wurden von der indonesischen Administration gereizt und ungeduldig beantwortet.

Im November 1985 wurde die Regierung Somare durch ein Mißtrauensvotum gestürzt. Es wird die Frage sein, wie die neue Regierung in PNG sich der existenziellen Grenz- und Flüchtlingsfrage stellen wird. - Das Beispiel Osttimors steht drohend am Horizont.

ZU DEN ZITATHINWEISEN:

- tapol = TAPOL Bulletin, London
 PIM = Pacific Islands Monthly, Sydney
 FEER = Far Eastern Economic Review, Hongkong
 PING Times = The Times of Papua New Guinea, Port Moresby
 West Papua = West Papua: The Obliteration of a People, published by tapol - London 1984
 J. Griffin = J. Griffin, H. Nelson, S. Firth, Papua New Guinea, A Political History, Richmond (Austr.) - 1979

Ursula Mroßko

Die indonesische Politik in Irian Jaya und ihre Folgen

Irian Jaya, eine Provinz Indonesiens, bildet gemeinsam mit dem unabhängigen Staat Papua Neuguinea die zweitgrößte Insel der Welt: Neuguinea. Der ethnischen Zugehörigkeit nach sind die Irianesen (oder West Papuas, wie sie sich selbst nennen) Melanesier und damit den Bewohnern Papua Neuguineas verwandt. Daß sie staatsrechtlich allerdings dem indonesischen Vielvölkerstaat zugeordnet wurden, ist - wie in vielen anderen Regionen der Erde - eine Folge der willkürlichen kolonialen Grenzziehungen im letzten Jahrhundert. Hier liegt der Ursprung eines Konflikts, dessen Entwicklung heute die Stabilität der Region zunehmend gefährdet und im Endeffekt zur kulturellen Ausrottung der Stämme West-Papuas führen kann.

DER HISTORISCHE WERDEGANG EINES KONFLIKTES

1828 wurde West Neuguinea von den Niederländern annektiert und in ihr Kolonialimperium Ost-Indien einbezogen. Daß hier europäische Imperialpolitik am Werk war, zeigt die 20 Jahre später zwischen den Niederlanden und Großbritannien geschlossene Vereinbarung, nach der die Einflußsphäre der beiden Länder per Lineal am 141sten Meridian geteilt wurde.

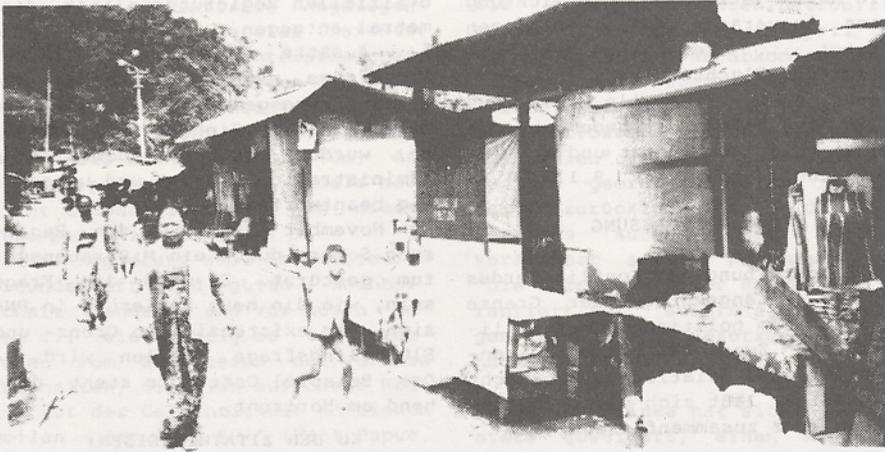
Das tatsächliche Interesse der

Holländer an ihrem Kolonialbesitz West Neuguinea war allerdings nur gering. Lediglich der Exploration von Rohstoffvorkommen wurde ab 1907 eine gewisse Aufmerksamkeit gewidmet. Erst der zweite Weltkrieg leitete auch in diesem Teil der Welt ein neues Zeitalter ein: Die Japaner besetzten von 1942 - 1944 Küstenstriche und Hafenschaften sowohl im Ost- wie im Westteil der Insel. Nachdem die alliierten Truppen die Kontrolle wieder zurückgewonnen hatten, übernahmen vorerst die jeweiligen Kolonialmächte erneut die Verwaltung. West Neuguinea

wurde dabei von den Holländern separat verwaltet, da in Indonesien noch japanische Truppen standen, die erst nach den Bombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki kapitulierten.

In Indonesien konnten sich die Holländer nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr etablieren. Hier wurde 1945 die Republik Indonesien ausgerufen, über deren territoriale Grenzen es allerdings im Rat der 64 erhebliche Meinungsverschiedenheiten gab. Sukarno, der spätere erste Präsident der Republik, verfolgte ein expansionistisches Konzept mit Java als Mittelpunkt. Sein historisches Vorbild, das einstige indonesische Großkönigtum Majapahit, erlaubte es ihm, auch Neuguinea zu beanspruchen.

Die Niederlande hatten die Unabhängigkeitserklärung Indonesiens nicht akzeptiert und waren erst 1949 - auf Druck der USA - bereit, auf ihre Kolonialbesitzungen zu verzichten. Die Zukunft West Neuguineas war bei diesen Verzichtshandlungen ein kontroverses Thema, das mit der Entscheidung für den vorläufigen Verbleib bei Holland nicht abschließend behandelt wurde. Nach Kriegsende wurde immer klarer, welchen Reichtum an Bodenschätzen die Insel Neuguinea barg und die Holländer wollten sich ihren Anteil daran sichern. Da die weitere Entwicklung des Verhältnisses zu Indonesien noch vollkommen offen war, wollte man seinen Einfluß in West



Indonesischer Markt in Jayapura

Neuguinea erhalten und bereitete das Land auf eine für 1970 anvisierte Unabhängigkeit vor.

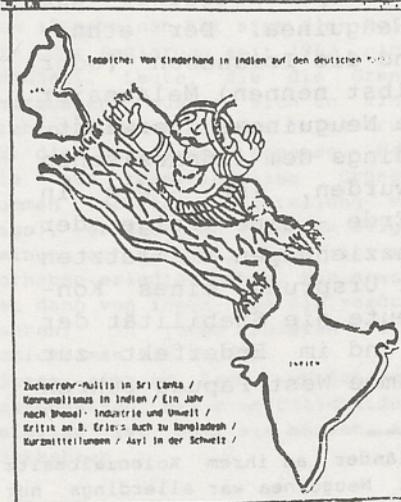
Die indonesische Regierung hatte aber andere Pläne: Nachdem Versuche von Bandung und vor den Vereinten Nationen eine Rückgabe von West Neuguinea zu erreichen, wurde die 1949er Vereinbarung mit den Holländern in diesem Punkt ignoriert. Es war jetzt das Ziel, West Neuguinea - oder West Irian, wie es von den Indonesiern genannt wurde - notfalls mit Gewalt zu übernehmen. Die indonesische Außenpolitik wurde in den Folgejahren zunehmend auf die West-Irian-Kampagne reduziert, was sich angesichts unüberwindbarer innenpolitischer Probleme als ausgezeichnetes Integrationsmittel erwies.

Mit der Absicht, eine stärkere Hinwendung Indonesiens zum Ostblock zu verhindern, bewegten die USA 1962 Holland dazu, Verhandlungen über die Zukunft West Neuguineas aufzunehmen. Der Bunker-Plan legte das künftige Schicksal der Papuas fest: Für eine Übergangsphase von 7 Monaten wurde West Neuguinea 1962 unter UN-Mandat gestellt; danach wurde das Gebiet zur weiteren Verwaltung an Indonesien übergeben. Den Indonesiern wurde aufgegeben, innerhalb 6 Jahren nach Übernahme der Kontrolle den Papuas die Gelegenheit einzuräumen, sich für oder gegen den Verbleib bei Indonesien auszusprechen. Unter Aufsicht der UN wurde dann 1969 der vereinbarte "Act of Free Choice" durchgeführt. Aber nicht ein Referendum oder ein Plebiszit erbrachte das erstaunliche Ergebnis: Einstimmig für den Verbleib bei Indonesien. Es war eine Versammlung von nur 1.025 Abgesandten der Papuas, die von indonesischen Autoritäten ausgewählt und delegiert worden waren. Von vielen Seiten wurde zudem berichtet, daß auf die Versammlungsteilnehmer, die durch "Konsultation zum Konsenz" kommen sollten, erheblicher Druck ausgeübt wurde. Obwohl auch der UN-Beobachter viele Bedenken geltend machte, wurde der "Act

of Free Choice" von der UN ratifiziert: West Irian wurde zur 26. Provinz Indonesiens, bekam den offiziellen Namen Irian Jaya und für die UN gab es keinen Grund mehr, sich mit den Konflikten der melanesischen Bevölkerung zu beschäftigen. Diese waren jetzt "innere Angelegenheiten" Indonesiens.

Angefangen hatte es mit der Kolonialisierung 1828 und seit diesem Zeitpunkt waren die Bewohner West Neuguineas Objekte, über die verfügt wurde; Verhandlungen fanden ohne sie statt und ihre erste Einbeziehung gipfelte in einem "Act of No Choice".

SÜD-ASIEN - INFO



Süd-Asien-Info erscheint 8 x jährlich.
Heft 8 (Dez.) u.a.: 1 Jahr nach Bhopal,
Sicherheit und Umwelt in Indien, Zucker-
rohrmultis in Sri Lanka, Kinderarbeit
in Indien, B. Eriks Buch zu Bangladesh
Südasiens-Büro, Kiefernstr. 45,
56 Wuppertal-2

DIE INDONESIAISCHE POLITIK IN IRIAN JAYA UND IHRE FOLGEN

Für Indonesier sind West Papuas ganz Überwiegend Primitive, die kulturell weit unter ihnen rangieren und erst zivilisiert werden müssen. So wurde seit 1963 mit einer Vielzahl von Aktionen versucht, die kulturelle Identität der Papuas zu zerschlagen.

Zum einen führt die wirtschaftliche Erschließung und Ausbeutung Irian Jayas zur rücksichtslosen Unterdrückung kultureller Werte und Bräuche: So werden beispielsweise Bergstämme in Küstengegenden umgesiedelt mit der Folge, daß 20 % der Bevölkerung, zumeist Kinder, sterben. Oder bei der Rohstoffausbeutung des Landes tragen die Papuas zwar die Lasten (Landverluste ohne angemessene Entschädigung) profitieren aber kaum von dieser neuen Wirtschaftstätigkeit (z.B. Verdienstmöglichkeiten).

Zum anderen bedroht das Transmigrationsprogramm der indonesischen Regierung die Existenz der Papuas. Vordergründig soll die Umsiedlung von Javanesen und Balinesen in andere Landesteile Indonesiens ein Mittel sein, der Überbevölkerung auf diesen Inseln entgegenzuwirken. Tatsächlich jedoch wird auch eine Javanisierung der Grenzgebiete und Außenprovinzen angestrebt, die sich bei Grenzkonflikten und Unruhen unter der dortigen einheimischen Bevölkerung bewähren soll. Die Transmigranten erhalten beste landwirtschaftliche Flächen (die Gemeineigentum der papuanischen Stämme sind) und eine Infrastruktur, die ihnen den Start erleichtern soll. Die einheimische Bevölkerung kann davon nur profitieren, wenn sie ihre Identität aufgibt, sich in Kleinfamilien aufsplittert und einzeln in die Compounds einzieht. Dieses ist die offizielle Assimilierungspolitik Indonesiens.

1983 sollen nach Schätzungen 800.000 Papuas und bereits 300.000 Migranten in Irian Jaya gelebt haben; bis 1989 soll sich die Zahl der Migranten auf 700.000 erhöht haben. Die West Papuas werden heute in der Welt zu den bedrohten Völkern und Kulturen gerechnet. Die genannten Faktoren und eine kompromißlose Bekämpfung jeglichen Widerstands - auch des gewaltfreien - sind die Ursachen für diese Entwicklung.

Unmittelbar nach Übergabe der Verwaltungsgeschäfte an Indonesien wurde 1963 alles verboten, was in Vorbereitung auf die Eigenstaatlichkeit und Selbständigkeit West Papuas bereits etabliert worden war: Die Nationalflagge wurde öffentlich verbrannt, die Hymne wurde verboten, die existierenden Parteien wurden per Dekret illegal.

Der Widerstand formierte sich und 1965 agierten die ersten Einheiten der papuanischen Befreiungsbewegung POM, Organisasi Papua Merdeka. Die Zusammenstöße zwischen den indonesischen Autoritäten und den melanesischen Stämmen häuften sich, je näher der "Act of Free Choice" kam. Mit der Anerkennung dieser Pseudo-Abstimmung durch die UN verschwand das Thema West Irian von der Tagesordnung der Weltorganisation und auch aus dem öffentlichen Bewußtsein. Die OPM agierte von da an auf sich gestellt: 1971 erklärte sie die Unabhängigkeit West Papuas und bildete eine eigene Regierung. Aber der Widerstand drückte sich nicht nur gewaltfrei aus. Unter Ausnutzung der Unwegsbarkeit der Region verstärkte die OPM seither ihren Guerillakrieg gegen das indonesische Militär. Dafür stehen ihr Gewehre aus dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere aber die traditionellen Kriegswerkzeuge Pfeil und Bogen zur Verfügung. Weniges modernes Kriegsgerät wird dann und wann bei Überfällen auf indonesische Posten erbeutet.

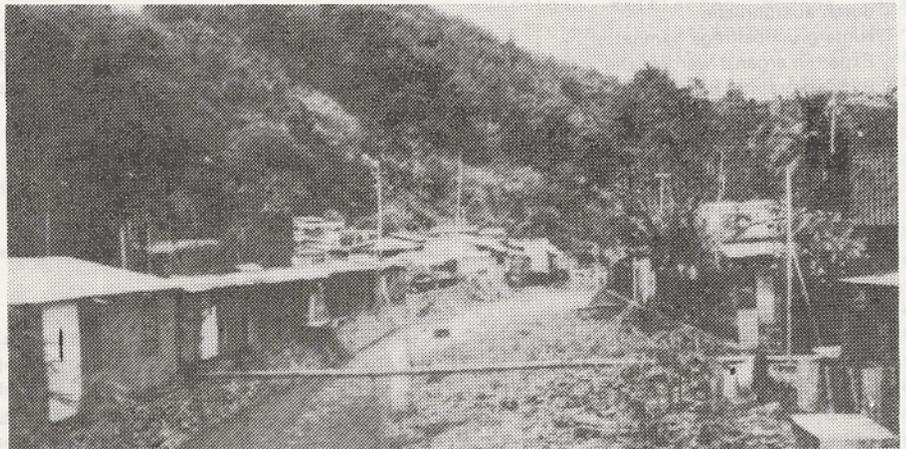
Die Guerillataktik der OPM erschwert dem indonesischen Militär eine direkte Bekämpfung der Einheiten. Sie überfallen daher eher die Dörfer, die der OPM Unterschlupf und logistische Unterstützung gewähren. Dort, wo das Gelände zu unwegsam ist, werden Hubschrauber und Flugzeuge eingesetzt. Obwohl die betroffenen Regionen meist nur spärlich besiedelt sind, ist die Anzahl der Opfer hoch, da große Flächen einfach bombardiert werden. Seit 1970 gibt es immer wieder Berichte, daß OPM-Aktivitäten vom indonesischen Militär mit Massakern unter der Bevölkerung beantwortet wurden.

DIE AUSSENPOLITISCHEN FOLGEN DES KONFLIKTES

Seit den 70er Jahren agiert die OPM ganz vorwiegend im Grenzbereich zu Papua Neuguinea. Dafür gibt es einige handfeste Gründe: Zum einen ist das Gebiet sehr unzugänglich, und darüber hinaus können OPM-Gruppen bei Verfolgung durch indonesische Truppen über die Grenze nach PNG ausweichen. Zum anderen erhofft man wohl, durch ständige Grenzverletzungen Spannungen zu erzeugen, die die internationale Aufmerksamkeit auf das Problem der West Papuas lenken. Die Indonesier beantworten diese Taktik mit einer vermehrten Ansiedlung von Transmigranten im Grenzbereich und dem Bau des Trans Irian Highways entlang der Grenze. Papua Neuguinea versucht weitgehend, Auseinandersetzungen mit Indonesien zu vermeiden. Nur wenn es unvermeidbar ist, hört man etwas schärfere Töne: So zum Beispiel, als die Indonesier die Trasse für ihren Trans Irian Highway an drei

Punkten auf einer Länge von 8 km auf das Territorium des Nachbarlandes gelegt hatten. Oder im Frühjahr 1984, als indonesische Militäreinheiten auf der Suche nach OPM-Aktivisten Dörfer in Papua Neuguinea verwüsteten und abbrannten sowie den Luftraum des Landes mit Suchflugzeugen verletzten.

Das Flüchtlingsproblem hingegen versucht die Regierung von Papua Neuguinea herunterzuspielen. Seit 1962/63 ist der Flüchtlingsstrom nach PNG eigentlich nie vollkommen abgerissen und bereits 1979 sollen sich einmal insgesamt 10.000 Flüchtlinge in den verschiedenen Lagern des Landes aufgehalten haben. Den anerkannten politischen Flüchtlingen wurde meist ein Aufenthaltsrecht in PNG gewährt; für prominente Führer der OPM wurde versucht, über die UN Flüchtlingskommission ein Asyl-Land zu finden. Die meisten Flüchtlinge gingen damals aber freiwillig zurück, nachdem sich die als bedrohlich empfundene Situation in Irian Jaya offensichtlich entspannt hatte. Erstmals gab es aber auch Zwangsrepatriierungen, die manch ein Flüchtling nicht überstand, da er bei seiner Rückkehr vom indonesischen Militär erschossen wurde oder im Gefängnis verschwand.



Ein Slum in Jayapura

ausreichend angesehen werden. Mit einer weiteren Verzögerung der Rückführung um 12 Monate wird gerechnet, nachdem das australische Außenministerium mit der jetzigen Vereinbarung offensichtlich noch nicht recht zufrieden ist.

Australien hatte 1963 als Folge des Bunker-Plans eine abrupte Kehrtwende in seiner Indonesien-Politik vollzogen. Als Bestandteil der Region bemüht es sich heute, in Konfliktsituationen Indonesien stets zu beschwichtigen. Mit einer ersten Grenzvereinbarung, die 1973 noch von den Australiern ausgehandelt wurde, sollten Kooperationsmodalitäten zwischen Indonesien und dem künftig selbständigen PNG festgeschrieben werden. Mittlerweile wurde diese Vereinbarung mit 3jähriger

Der neueste Flüchtlingsstrom begann im Februar 1984, nachdem von einigen OPM-Aktivisten West Papua-Flagge in Jayapura gehißt worden war. Zirkum 1.000 Flüchtlinge sind seitdem nach Papua Neuguinea gekommen und nur wenige vor ihnen sind bisher freiwillig in ihre Dörfer jenseits der Grenze zurückgekehrt. Papua Neuguinea möchte in den Flüchtlingen "traditionelle Grenzgänger" sehen und so das Problem wegdefinieren. Dies erklärt auch, daß die UN Flüchtlingsorganisation erst im August 1984 - nachdem bekannt wurde, daß 100 Flüchtlinge an Krankheiten und Unterernährung gestorben waren - von der Regierung die Genehmigung erhielt, die Flüchtlingscamps aufzusuchen und finanzielle Mittel für die Ernährung und gesundheitliche Betreuung der Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.

Seit langem schon ist die Repatriierung der Flüchtlinge zwischen Papua Neuguinea und Indonesien vereinbart. Aber immer wieder kommt es zu Verzögerungen, weil das Problem der politisch motivierten Flüchtlinge (u.a. OPM-Mitglieder) noch nicht zufriedenstellend geklärt ist oder weil die Garantien der indonesischen Regierung für eine sichere Rückkehr der Flüchtlinge als nicht

Verspätung 1982 erneuert.

Die außenpolitischen Probleme mit Indonesien werden in Zukunft auch verstärkt Gegenstand der Innenpolitik Papua Neuguineas sein: Denn von oppositionellen Kräften wird verstärkt "melanesische Solidarität" verlangt und insbesondere die Bevölkerung im grenznahen Bereich sieht sich als natürlicher Verbündeter der West Papuas. Ein Großteil prominenter OPM-Führer lebt mittlerweile im Exil: Im Generationswechsel kommen zunehmend jüngere Leute an die Spitze der OPM, die keine historischen Bindungen mehr an den Westen haben. Sie würden höchstwahrscheinlich auch von nicht-westlichen Staaten Waffenhilfe annehmen (wenn man es ihnen anbieten würde) und damit

dritte Kräfte ins Spiel bringen - mit unabsehbaren Folgen. Dieses könnte Papua Neuguinea nicht egal sein, denn das Land ist auf die Mächtebalance in Südostasien und im Pazifik angewiesen. Der starke Nachbar Indonesien macht Angst - und in den Zeitungen Papuas Neuguineas kann man schon mal lesen, daß der Trans Irian Highway zum Aufmarsch für die indonesischen Truppen gebaut wird und daß das Transmigrationsprogramm entlang der Grenze einen Einmarsch in Papua Neuguinea vorbereiten und unterstützen soll.

Hannelore Schulze-Schoppe

Kennen Sie schon Deutschlands einziges China-Magazin?

das neue
China

berichtet in allgemeinverständlicher Weise regelmäßig mit wechselnden Schwerpunkten über Chinas Politik, Geschichte, Kultur und Kunst, erzählt vom chinesischen Alltag und widmet sich den deutsch-chinesischen Beziehungen. Unsere Mitarbeiter in China versorgen uns ständig mit den wichtigsten Informationen, die durch ausführliche Hintergrundbeiträge namhafter Experten ergänzt werden. Die vom Bundesvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCF) e.V. herausgegebene Zeitschrift erscheint bereits im 12. Jahrgang.

Themen 1985:

- 1/85 China alternativ
- 2/85 Aktuelle Kulturszene (Sonderheft 8,00 DM)
- 3/85 Wohnen, Städtebau, Architektur
- 4/85 Frauen

Jahresabonnement 1985

(4 Hefte, davon 1 Sonderheft):

- Inland DM 20,00 (inkl. Versand)
- Ausland DM 25,00 (inkl. Versand)
- Förderabo DM 50,00

Verschiedene Nummern der letzten Jahrgänge von »das neue China« sind noch lieferbar. Bitte fordern Sie eine Liste mit den Schwerpunktthemen an. Wir senden Ihnen gerne auch ein Probeheft.

CHINA Studien- und Verlags-GmbH
Redaktion »das neue China«
Eschenheimer Anlage 28
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/5970206

Interview mit Mochtar Kusumaatmadja, indonesischer Außenminister,

AM 5.9.1985 IN LUANDA

Frage: Der Entschließungsentwurf, den Angola eingebracht hat, ist von vielen Delegationen kritisiert worden. Was ist die Haltung Ihrer Delegation zu dieser Vorlage?

Mochtar: Nun, ich kann Ihre Frage nicht vollständig beantworten, weil sie sehr allgemein gehalten ist, daher will ich mich lediglich auf den Punkt beziehen, daß das Gastland in den Entwurf einen Abschnitt zu Osttimor hineingenommen hat, was wir nicht akzeptieren können. Denn die Blockfreien-Bewegung hat bereits 1981, während des Außenminister-Treffens in New Delhi, die den Entschließungsentwurf für den Gipfel 1983 vorbereitete, über die Osttimor-Frage verfügt. Das Gipfeltreffen von 1983 enthielt daher keinerlei Verweis auf Osttimor. Wir können diesem Treffen nicht gestatten, die Frage wiederzubeleben, weil sonst jeder Gastgeber beliebig einen Entwurf einbringen kann, wie er ihm gerade gefällt. Wir betrachten deshalb den Entwurf, den Angola eingebracht hat, technisch als einen Nachtrag zu einem bestehenden, und sie sind es, die eine Übereinkunft erzielen müssen, falls sie ihn drinhaben wollen - nicht andersherum.

Frage: Können Sie etwas über die Gespräche zwischen Ihrer Regierung und Portugal über die Osttimor-Frage sagen?

Mochtar: Das sind keine Gespräche, das sind Kontakte. Und die haben nicht Osttimor zum Inhalt, sondern sind beschränkt auf jene humanitäre Frage, die die Rückkehr früherer portugiesischer Verwaltungsbeamten darstellt, die noch in Osttimor sind und nach Portugal zurückkehren wollen. Sie sind bis vor kurzem in der Provinzverwaltung beschäftigt worden, was zeigt, daß wir recht tolerant sind, weil wir ihre Erfahrung brauchten. Aber aufgefordert sich zu entscheiden, ob sie indonesische Bürger werden oder portugiesische bleiben wollten, haben sie es vorgezogen, portugiesische Staatsbürger zu bleiben. Sie wollten ihre Pensionen und Gehaltsnachzahlungen sichern, da sie schon so lange Verwaltungsbeamte gewesen sind und dies alles verloren hätten, wären sie indonesische Bürger geworden. Das sind Leute, die ein bestimmtes Alter erreicht haben. Das ist sehr verständlich. Folglich sind wir an die Portugiesen herangetreten, ob sie sie zurückhaben wollten. Die Portugiesen haben ihnen nämlich klargemacht, daß sie, da sie nur begrenzt Devisen besitzen, diese Beihilfen und Pensionen nicht in Devisen auszahlen können. Dies bedeutet also, daß sie zurückgehen müssen, um das ihnen Gebührende in Anspruch zu nehmen. Verstehen Sie?

(Auszug aus einem Gespräch, daß Klaus Fritsche in Luanda am Rande der Außenministerkonferenz der Blockfreien am 5.9.85 führte. Übersetzung: Klaus Marquardt)

Literaturhinweise

Loek Amstel, 20 Jaar Orde Baru: Hiet Dodenmasker der Militaire

Mooordenaars, in: IFM August/September 1985, S.14 - 16

Loek Amstel, Islam en Petite-50 in Verdachtenbank, in: IFM November 1985, S.5 - 7

Francoise Cayrac-Blanchard, Islam in Indonesia's New Order, in: AfAs September 1985, S.42 - 44

James Clad u.a., Indonesia/Malaysia Crumbling Cartels, FEER v.14.11.1985, S.64 - 72

Lincoln Kaye u.a., Indonesias Army-Leaner, Fitter, Nicer?, in: FEER v.24.10.1985, S.23 - 29

Max Lane, Indonesia: The Blood-Stained Twenty Years, in: AfAs 12/1985, S.44 - 46

Gatot Lestario, Defence statement 26.12.1975, in: Tapol No.71 (September 1985), S.6 - 10

o.Verf., Muslims on trial, in: Tapol No.71 (September 1985), S.13 - 19

o.Verf., A talk with Murdani, in: AW v.11.10.1985, S.21 - 24

o.Verf., The Indonesian Wave, in: AW v.1.11.1985, S.36 - 46

Hans van der Veen, Luanda-Konferenz bietet Oost-Timor Perspektief, in: IFM November 1985, S.14 - 17

W.F.Wertheim, 20 Jaar Orde Baru: Islamitisch Verzet, in: IFM August/September 1985, S.4 - 7

Saskia Wieringa, 20 Jaar Orde Baru: Geaborteerd Feminisme:Gerwani en de Koup, in: ebenda, S.10 - 12